

04.01.2015

Julia Klöckner: Wir brauchen einen Flüchtlingsgipfel in Rheinland-Pfalz

- **CDU-Landtagsfraktion wird Kommunalvertreter zu einem eigenen Gipfel einladen**
- **Land lässt Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung und -finanzierung im Stich**

Anlässlich der immer größer werdenden Klagen der rheinland-pfälzischen Kommunen hat die Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner, angekündigt, die Kommunalvertreter zu einem Flüchtlingsgipfel nach Mainz einzuladen, weil die rot-grüne Landesregierung bisher nicht auf die Sorgen und Hilferufe eingegangen sei.

„Auf der einen Seite kündigt die rot-grüne Landesregierung an, niemanden zurückzuschicken, auch wenn er nicht asylberechtigt ist. Auf der anderen Seite kümmert sie sich aber nicht darum, wie die Kommunen mit diesem Versprechen zurechtkommen sollen. Finanziell sind die Gemeinden, Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz bereits an der Grenze ihrer Belastbarkeit und die Landesregierung packt immer noch eins drauf. Verantwortungsbewusstsein und kluge, abgestimmte Koordination bei der notwendigen Unterstützung von Flüchtlingen und Kommunen sieht anders aus. Die CDU-Landtagsfraktion wird deshalb alle kommunalen Vertreter, die Interesse haben, – ganz gleich, welcher Partei sie angehören – nach Mainz einladen und mit ihnen ihre Nöte, Vorschläge und gemeinsame Lösungen besprechen. Denn die Bevölkerung zeigt große Solidarität mit Verfolgten, diese große Akzeptanz und Hilfsbereitschaft sollte nicht durch eine falsche und undurchdachte Politik aufs Spiel gesetzt werden“, so die Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion.

Julia Klöckner betont, das Land dürfe sich nicht nur um die Erstaufnahmeeinrichtungen kümmern, die von einem Referat der ADD verwaltet werden. Vor Weihnachten hatte Julia Klöckner die Erstaufnahmeeinrichtung in Trier besucht: „Da sich oft über Nacht an die hundert neue Flüchtlinge in Trier einfinden und Trier sowie Ingelheim überfüllt sind, ist die Strategie der Landesregierung, die Einrichtungen schnell wieder frei zu bekommen. Gesetzlich müssen die Flüchtlinge mindesten sechs Wochen, längstens drei Monate dort bleiben.“ Laut Experten würden die Flüchtlinge derzeit deutlich unter drei Monaten dort auf die Kreise und Städte mit nur 14 Tagen Vorlauf verteilt. Die Kreise verteilen nach Schlüssel auf die Verbandsgemeinden. Diese mieten/kaufen in den Gemeinden Wohnraum an und statten diese meist notdürftig aus. Die Ortsgemeinden würden nicht gefragt oder beteiligt. „Es ist zu wenig, wenn das Land glaubt, sich nur um die Erstaufnahmeeinrichtungen Gedanken machen zu müssen“, so Julia Klöckner.

Laut Klöckner bestünde zudem das Problem, dass das BAMF vor Ort in Trier zu lange für eine Asylentscheidung brauche (durchschnittlich 13 Monate). „Aber selbst wenn man dort schneller wäre, ist es sehr fraglich, ob das Land schnell die Abgelehnten zurückschickt, um Platz für Kriegsflüchtlinge zu schaffen. Die Forderung der kommunalen Spitzenverbände unterstützen wir“, betont die Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion.

Man sollte daher die Sinnhaftigkeit der von den Grünen gewollten Konstruktion im Integrationsministerium hinterfragen. Dort ist derzeit eine Abteilung sowohl für die Themen Migrationspolitik und Fluchtaufnahme zuständig; sie ist aber auch gleichzeitig Oberste Ausländerbehörde (zuständig für ausländerrechtliche Abschiebemaßnahmen) des Landes. „Man kann offensichtlich nicht beiden Themen richtig gerecht werden“, stellt Julia Klöckner fest.

Hintergrund:

Vor 2011 waren die beiden Referate 724 und 725 im Innenministerium ressortiert, wie in anderen Bundesländern.

Pikant: Rheinland-Pfalz stellt 2015 den Vorsitz der Innenministerkonferenz und Minister Lewentz ist für DAS Thema des Jahres gar nicht zuständig!